

**Wahlprüfsteine zur Landratswahl zum Thema Asyl und Migration**  
**Denny Trölenberg – Die LINKE**

**1. Unterbringung**

**1. Wie schätzen Sie die aktuelle Situation der Unterbringung im Landkreis Leipzig ein?**

60% der Geflüchteten im Landkreis Leipzig sind dezentral untergebracht. Das klingt erstmal gut, jedoch stagniert dieser Wert. Obwohl es möglich wäre, werden kaum mehr Menschen dezentral untergebracht.

Die dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen bedeutet bessere Integration und besseren Schutz von Frauen, Kindern und queeren Menschen. Deshalb setzte ich mich dafür ein, dass möglichst alle Geflüchteten schnellstmöglich nach ihrer Ankunft dezentral untergebracht werden.

In der Vergangenheit wurden leider auch die Verträge mit den eher familiären und in den Kommunen gut verankerten Gemeinschaftsunterkünften beendet. Beispiel dafür ist die ehemalige Unterkunft in Naunhof.

Zentrale Unterbringung sollte eher die Ausnahme und nur für einen kurzen Zeitraum notwendig sein. Geflüchtete haben in diesen Einrichtungen keinen privaten Rückzugsort und es gibt große Einschränkungen bei der Nutzung des Wohnraums, welche in sehr restriktiven Hausordnungen geregelt werden, die bis zu Grundrechtseinschränkungen gehen. z.B. durch die Möglichkeit von anlasslose Kontrollen in den Unterkünften. Das ist nicht länger hinnehmbar. Die Hausordnungen in den Gemeinschaftsunterkünften müssen den Schutz des Wohnraums gewährleisten. Entsprechend den Wohnungsmietverträgen aller anderer Menschen in unserem Land.

**2. Wie planen Sie, die Unterbringungssituation von Geflüchteten im Landkreis zu gestalten?**

Alle Menschen, die hier ankommen, unabhängig von ihrem Herkunftsland, sollen so schnell wie möglich eine eigene Wohnung beziehen können. Die Wohnungen sollten nicht am Rande der Gemeinden sein, sondern sollten Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern. Familien sollten in einer Umgebung leben können, in der die Kinder kurze Wege zu Kita und Schule haben. Ältere Menschen muss eine altersgerechte Wohnung zugestanden werden.

**3. Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um das Ziel des Kreistagsbeschlusses 2015/055 umzusetzen?**

Der Kreistag hat beschlossen, dass mindestens 60% der Geflüchteten dezentral untergebracht werden sollen. Wichtig dabei ist für mich hierbei das Wort „mindestens“. Niemand verbietet dem künftigen Landrat noch mehr für die Menschen tun zu können. Im Zuge der Unterbringung für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine konnten weitere Wohnungen gefunden und unter Vertrag genommen werden. Es liegt jetzt an der Kreisverwaltung und deren ehrliches Bemühen, diese auch für alle Geflüchteten nutzbar zu machen.

Die Belegungsobergrenze in Gemeinschaftsunterkünften von 150 Plätzen muss künftig wieder eingehalten werden.

## **2. Versorgung + Gesellschaftliche Teilhabe**

### **1. Wie möchten Sie die soziale und politische Teilhabe von Geflüchteten und Migrant:innen unterstützen?**

Bisher wird im Integrationsbeirat des Landkreises Teilhabe lediglich angetäuscht. Gegenwärtig beraten vor allem privilegierte einheimische Bürgerinnen und Bürger über die Themen und Probleme von Migrant:innen, also über deren Köpfe hinweg. Die Anzahl migrantischer Vertreter:innen ist hier viel zu gering und diese werden von den zu Vertretenden auch nicht gewählt.

Notwendig für eine soziale und politische Teilhabe ist ein Migrant:innenbeirat in dessen Zusammensetzung mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund mitarbeiten und von der migrantischen Community gewählt werden.

Soziale Teilhabe wird im Landkreis über ein vielfältiges Helfer:innennetzwerk organisiert. Mein Dank gilt vor allem den vielen ehrenamtlich tätigen Menschen. Beratung und Sozialarbeit findet im Landkreis statt, muss aber dringend auf ein höheres Niveau gehoben werden. Dazu müssen alle in dem Bereich möglichen Stellen besetzt werden. Dies ist unter dem aktuellen Landrat leider nicht der Fall. Sollte ich Landrat werden, werde ich mich gegenüber der Landesregierung für einen Ausbau der Flüchtlingssozialarbeit einsetzen und dem Kreistag den Beschlussvorschlag unterbreiten, diese wieder an freie Träger mit entsprechender Erfahrung zu vergeben.

### **2. Wie möchten Sie die medizinische Versorgung von Geflüchteten im Landkreis sicherstellen?**

Die gegenwärtige Praxis mit der Ausgabe von Behandlungsscheinen ist zu beenden. Sie entspricht nicht den Erfordernissen von zügiger Behandlung von dringenden Fällen und darüber hinaus sorgt sie für unnütze und teure Bürokratie.

### **3. Wie stehen Sie zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für alle Geflüchtete, wie zum Beispiel in Dresden?**

Als Folge der Beendigung der gegenwärtigen Praxis stellt die elektronische Gesundheitskarte für mich die einzige Alternative dar.

### **4. Was möchten Sie tun, um die Mobilität, gerade für Geflüchtete, im ländlichen Raum weiter zu verbessern?**

Geflüchtete sind in alle Regel immobil. Sie sind nach Ankunft im Landkreis oft nicht im Besitz eines gültigen Führerscheins, im Besitz eines PKW noch anderer KFZ. Initiativen und Vereine, aber auch Privatleute helfen oft mit Fahrrädern aus. Die langen Wege zu Ärzt:innen oder Sprachkursen sind damit aber meist nicht zu bewältigen. Daher müssen die Menschen dringend nah am regelmäßig verkehrenden ÖPNV untergebracht werden. Wenn, wie in Mark Schönstedt, der Bahnhof schon seit Jahren

geschlossen ist, dann werde ich mich bemühen diesen wieder zu eröffnen. So haben auch die alteingesessenen Anwohner:innen etwas davon.

**5. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie gesellschaftlicher Diskriminierung gegenüber Migrant:innen, Rassismus und Antisemitismus abbauen und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus stärken?**

Zu aller erst ist es mir wichtig festzuhalten, dass Abbau von Vorurteilen über Begegnung sehr gut möglich ist. Hier fehlt es an Formaten, wo sich Menschen kennenlernen können und gemeinsam Themen und Probleme diskutiert werden, um auch gemeinsam Lösungen zu finden. Diese Beteiligungsformate sollte es in allen Gemeinden geben.

Außerdem gibt es im Landkreis Leipzig viele Vereine und Initiativen, die sich diesem Thema verschrieben haben. Es gilt diese zu unterstützen. Natürlich würde ich mich stets an die Seite der diskriminierten Menschen stellen. Rassismus und Antisemitismus darf hier keinen Platz mehr haben. Die Menschen brauchen die Solidarität des Landrates unseres Kreises.

### **3. Bildung und Arbeit**

**1. Welche Maßnahmen planen sie, um den Zugang von Geflüchteten zu KiTa und Schule sicherzustellen?**

Die sogenannte Kitalandschaft steht erheblich unter Druck. Zu wenige Plätze in den Mittelzentren, zu geringe Mittel zum Aus- oder Neubau und zu wenige Fachkräfte in den Einrichtungen, stehen steigenden Kinderzahlen gegenüber. Viele Probleme müssen auf der Landesebene gelöst werden und brauchen zum Teil auch viel Zeit, die wir nicht haben. Als Landrat werde ich mich mit Nachdruck an die Landesregierung wenden und die notwendigen Forderungen stellen. Ich werde die Kommunen nach Kräften unterstützen.

Alle Kinder haben den gleichen Anspruch auf einen Kitaplatz, da ist mir der Status oder die Herkunft völlig egal.

**2. Wie soll der Zugang zu Deutsch-Sprachkursen, insbesondere für Personen ohne Aufenthaltstitel, im Landkreis gestaltet werden?**

Grundlegend müssen alle Geflüchtete Zugang zu Sprachkursen erhalten. Auch fortführende Kurse sind unabhängig vom Status zu gewährleisten. Die Praxis in unserem Land sorgt leider für lange Verfahren und oft auch Duldungen. Um aber eine Teilhabe möglich zu machen, ist es zwingend erforderlich die deutsche Sprache zu erlernen.

**3. Welche Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der beruflichen Integration von Geflüchteten planen Sie?**

Der Mangel an Fachkräften erfordert die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen für geflüchtete Menschen. So mancher integrationswillige Betrieb ist jedoch an

bürokratischen Hürden gescheitert. Diese müssen abgebaut werden. Zusätzlich sollte sich eine begonnene Ausbildung positiv auf ein generelles Bleiberecht auswirken.

#### **4. Flüchtlingssozialarbeit**

##### **1. Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete im Landkreis?**

Die Flüchtlingssozialarbeit gehört dringend in die Hände von freien Trägern. Mir ist unklar wie eine Landkreisverwaltung ein vertrauensvolles Verhältnis zu den geflüchteten Menschen aufbauen will, aber gleichzeitig die selbe Verwaltung die sanktionierende Behörde bei Regelverstößen ist. Noch gravierender ist die Tatsache, dass die Landkreisverwaltung auch an Abschiebungen beteiligt ist. Dies würde ich gern beenden.

##### **2. Wie möchten Sie die Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Verwaltungsbehörden im Landkreis ausbauen?**

Die zivilgesellschaftlichen Akteure im Bereich der Geflüchtetenhilfe im Landkreis Leipzig treffen sich beim Runden Tisch für Migration. Mit diesem Gremium möchte ich gern vertrauensvoll zusammenarbeiten. Leider scheint mir die Kommunikation zwischen Landkreisverwaltung und unabhängigen Akteuren aktuell angespannt. Das muss sich schnellstens ändern.

##### **3. Welche Pläne gibt es, um die Transparenz der Behörden zu erhöhen und somit die Bevölkerung rechtzeitig über Entscheidungen des Landkreises zu informieren?**

Mehr Transparenz kann nur durch mehr Beteiligung und besseren Austausch ermöglicht werden. Außerdem brauchen wir eine Fehlerkultur auch in den Behörden. Amtsleiter und Beigeordnete müssen für mehr Eigenverantwortung ihrer Mitarbeiter bereit sein.

##### **4. Was möchten Sie unternehmen, um die FSA im Landkreis flächendeckend zu gestalten?**

Ich hoffe im Rahmen einer erneuten Vergabe der FSA, auch deren Umfang auszuweiten. Ob dies im Rahmen der Kommunalen Pauschalen Verordnung des Freistaates möglich ist, oder ob darüber hinaus andere Möglichkeiten zur Finanzierung bestehen ist noch offen. Wichtigstes Anliegen bleibt aber die Vergabe an freie Träger.

## **5. Integrationskonzept**

- 1. Welche Maßnahmen planen Sie, um die im Integrationskonzept verankerten Aufgaben umzusetzen?**

Hierzu muss die gegenwärtige Fortschreibung des Integrationskonzeptes abgewartet werden.

- 2. Wie sollte aus Ihrer Sicht die öffentliche Anerkennung und Würdigung des gesellschaftlichen Engagement von Akteuren der Asyl- und Migrationsberatung aussehen?**

Dazu scheint mir die Einführung einer eigenen Kategorie im Rahmen des Ehrenamtspreises des Landkreises ratsam. Über weitere Ideen dazu würde ich mich sehr freuen.

## **6. Integrationsbeirat**

- 1. Die Aufgabe des Integrationsbeirates ist die Vertretung der Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund und die Förderung der Integration. Mit dem Beschluss 2018/059 werden unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund und ohne gesicherten Aufenthaltstitel vom Integrationsbeirat ausgeschlossen. Welche Stellung beziehen Sie zu diesem Sachverhalt?**

Dieser Beschluss ist ein Fehler. Das Ausschließen von Personen aus diesem Gremium ist nicht nachvollziehbar. Der Umgekehrte Weg, also Beteiligung aller, ist der richtige. Es handelte sich nach meinen Informationen um eine Beschlussvorlage aus der Verwaltung. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik ausgerechnet aus einem Integrationsbeirat Menschen auszuschließen.